Saison-Neuheit: Portemonnaies, Cigarren- und Cigaretten-Etuis aus Aluminium.

Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zusatz.
Beste Kindernahrung.
als Kaffeemilch billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

Neue Herren-Ueberzieher- u. Anzugs-Stoffe
in grosser Auswahl. Billige Qualitäten für Knaben.
Tuchhandlung. Einzel-Verkauf. | J. Unbescheid & Söhne Schreibergasse 2.

Eiserne Oefen aller Arten

empfiehlt billigst
Friedrich Klotz
Königsbrückerstrasse 80 und 81.
Bautznerstrasse 28.

Gummischuhe
(Harburger, schottische und russische)
in grössten Sortimenten zu billigsten Fabrikpreisen.
Moritz Hartung, Altmarkt 13.

Tapeten — Versandt Geschäft: Marschall Str. 29. F. Schade & Co. Hauptgeschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke. — Tapeten

en gros Tuchwaaren en detail
ächtblaue, braune u. schwarze Cheviots
1 Mark 50 Pf. empfehlen
Pörschel & Schneider.
Scheffelstr. 10 (kleines Rathhaus).

Edeltannenduft, vorzügliches Zimmerparfüm, durch seine ozonisirenden Eigenschaften ein heilsames Mittel zum Reinigen der Luft in Wohn- u. Krankenzimmern. 1 Flasche 1 Mk. Prompter Versandt nach auswärts. Königl. Hofapotheke, Dresden, am Georgenthor.

Nr. 337. Spiegel: Etatsdebatte im Reichstage. Hofnachrichten. Ankunft Kaiser Wilhelms. Stadtverordnetenwahlen. Gerichtsverhandlungen. Prozeß Ahlwardt. „Die Gärtnerin". | Freitag, 2. December.

Politisches.

Bei der Bedeutung der Militärvorlage, welche die ganze politische Situation beherrscht und alle anderen Fragen in den Hintergrund drängt, war vorauszusehen, daß die Generaldebatte zum Reichshaushaltetat das Präludium zur Generaldiskussion über die von den verbündeten Regierungen verlangten Forderungen zur Heeresverstärkung werden würde. In der That bildete die allgemeine Erörterung über die Caprivi'sche Heeresvorlage und die Kritik der ersten Empfehlungsrede des Reichskanzlers den Mittelpunkt des ersten Tages der Etatsdebatte. Der erste Redner, der rheinische Centrumsabgeordnete Fritzen, vermied es allerdings, auf die brennende Frage einzugehen. Er ging um sie herum wie die Katze um den heißen Brei. Er berührte die ungünstige wirthschaftliche Lage, in der sich gegenwärtig Handel und Industrie, das Großgewerbe wie das Handwerk befinden. Er betonte insbesondere mit Recht sehr nachdrücklich die Forderung, daß man endlich unbedingt den Wünschen des Kleingewerbes und des Handwerkerstandes entgegenkommen müsse, wenn man den gewerblichen Mittelstand nicht dauernd dem Siechthum verfallen lassen wolle. Weiter sprach der Wortführer des Centrums seine Verwunderung über die beträchtlichen Mehrforderungen im Marineetat aus und wies dabei auf die Nothwendigkeit, hier gründliche Abstriche zu machen, da der Bundesrath die gewaltigen Posten wohl nur in der Erwartung habe passiren lassen, daß der Reichstag das Streichen gründlich besorgen werde. Die Verführung lag hier sehr nahe, einen Streifzug auf das naheliegende Gebiet der Militärvorlage zu machen. Aber der Centrumsredner hütete sich, auch nur mit einer leisen Andeutung ein Wort für oder gegen die enormen Mehrforderungen zur Verstärkung des Heeres fallen zu lassen. Das Centrum, von dessen Entscheidung ja leider das Schicksal der Militärvorlage abhängt, will offenbar die Hände zunächst noch freibehalten. Es betrachtet die Militärvorlage lediglich als Handelsgeschäft und hat bereits in der Wiedereinbringung des Antrages auf Rückberufung der Jesuiten sein Angebot gemacht.

In wie unerfreulicher Weise sich durch die Militärvorlage die innerpolitische Lage zugespitzt hat, erhellt aus der Thatsache, daß es einem Oppositionsmanne vom Schlage Eugen Richters vergönnt war, die allgemeinen Einwände gegen die militärischen Mehrforderungen des Reichskanzlers überzeugend und unwiderleglich zur Geltung zu bringen. Zu Bismarcks Zeiten wurden die Angriffe, welche der kampfeslustige Führer der Deutschfreisinnigen bei Berathung militärischer Mehrforderungen vom Stapel zu lassen pflegte, stets siegreich abgeschlagen. Jetzt ist es leider anders geworden. Richter hat nicht einmal nöthig gehabt, nach Blößen zu suchen. Die Begründung, welche der Militärvorlage von Seiten der offiziösen Presse und des Reichskanzlers selbst zu Theil geworden ist, sorgte dafür, daß diese Blößen ganz von selbst zu Tage treten mußten. So weit ist es nun glücklich gekommen, daß ein Eugen Richter in den Stand gesetzt wird, z. Theil diejenige Stimmung zum Ausdruck bringen zu dürfen, in die der nationalgesinnte Theil des deutschen Volkes gewaltsam im Verlaufe der beiden letzten Jahre hineingedrängt worden ist. Abg. Richter hob zunächst die Widersprüche hervor, in denen sich Graf Caprivi von heute zu dem Grafen Caprivi vor einem Jahre befindet. In seiner Rede vom 27. November 1891 warnte der Reichskanzler vor einem Militärpessimismus, vor einer Unterschätzung unserer Wehrkraft. In seiner Rede vom 24. Nov. 1892 hat sich aber der Reichskanzler desselben Militärpessimismus schuldig gemacht. Diese Beunruhigungsbazillen, bemerkte Eugen Richter, auf die Graf Caprivi vor einem Jahre spöttisch hinwies, man sieht sie in der Reinkultur seiner jüngsten Rede wahrhaft emporwuchern. Weiter setzte der Redner der Opposition auseinander, daß gar keine Veranlassung gegeben sei, momentan äußere Verhältnisse bei Beurtheilung der Militärvorlage in Betracht zu ziehen. Denn Graf Caprivi habe mehr als einmal hervorgehoben, daß die Vorlage eine akute Bedeutung für die Gegenwart unmittelbar nicht habe, da sie ihre vollen Wirkungen erst in 24 Jahren haben werde. Ferner habe der österreichische Minister des Auswärtigen die internationale Lage so geschildert, daß Oesterreich-Ungarn sich mit einer sehr mäßigen Steigerung seiner Wehrkraft begnügen dürfe. Auch in Italien halte man eine Erhöhung der Militärausgaben nicht für nothwendig. Wenn in der That der Dreibund nur von Deutschland verlangt, daß es seine militärischen Streitkräfte steigert, dann hätte derselbe einen sehr zweifelhaften Werth. Mit vollem Rechte verwahrte sich Richter gegen eine solche Unterschätzung des Dreibundes. Auf einen weiteren grellen Widerspruch zwischen dem Reichskanzler von heute und dem Reichskanzler vor einem Jahre wies der fortschrittliche Redner hin. Früher sagte der Reichskanzler: „Ich habe den ganz bestimmten Glauben, daß es keine Nation in Europa giebt, die so viele Vorzüge in den nächsten Krieg bringt, wie eine deutsche?" Derselbe Reichskanzler sagte am 24. November d. J., wir seien zu schwach, zu alt, zu lose in Bezug auf unsere Organisation. Wenn der „bestimmte Glaube" jetzt ein so entgegengesetzter, welcher Autorität, fragte der Abgeordnete Richter, kann man dann heute Glauben schenken? Auch darin wird man dem deutsch-freisinnigen Redner zustimmen müssen, wenn er bei der Beschlußfassung über das Schicksal der Militärvorlage jede Rücksichtnahme auf das Ausland ausgeschlossen wissen will. Wenn die Vorlage in ihrer gegenwärtigen Gestalt abgelehnt werden sollte, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß ihre Forderungen nicht unbedingt nothwendig sind, daß vielmehr auf anderem Wege eine Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft vorzunehmen ist.

Die Rede, in welcher sich Graf Caprivi gegen den Abgeordneten Richter zu wehren suchte, dürfte einen noch weit weniger günstigen Eindruck erwecken, als sein erster Vortrag zur Begründung seiner Vorlage. So wenig wie bei jenem Vortrage wird man auch hier von irgend welchem Erfolge reden können, es sei denn, daß auch diesmal wieder das offiziöse Telegraphenbureau mühsam begeisterte Hurrahartikel jener englischen Zeitungen und jener österreichischen und ungarischen Judenblätter herbeischleppt, die von Berlin aus inspirirt werden. Die Caprivi'sche Vertheidigungsrede machte den Eindruck, daß sie wohl vorbereitet war. Sie blieb daher ohne Wirkung. „Was der Reichskanzler gegen mich ausführte", höhnte der Abgeordnete Richter am Schlusse einer persönlichen Bemerkung, „richtete sich gegen etwas, was ich heute vielleicht hätte sagen können, aber heute noch nicht gesagt habe." Der Reichskanzler schien erwartet zu haben, daß die Frage der zweijährigen Dienstzeit im Vordergrunde der Debatte stehen würde. Dem war nicht so. Trotzdem befaßte sich Graf Caprivi sehr eingehend mit dieser Frage, die vorher gar nicht berührt worden war, während er die schwerwiegenden Einwendungen seines Vorredners nicht zu widerlegen vermochte. Statt die vom Abgeordneten Richter bloßgelegten Widersprüche zu lösen, verwickelte er sich vielmehr in neue Widersprüche. Er versicherte, nicht Willens zu sein, die Nation zu beunruhigen. Trotzdem erklärte er wiederholt mit großem Nachdruck, daß unsere militärischen Kräfte „ungenügend" seien, daß wir zu schwach, zu alt, zu lose in Bezug auf unsere Kriegsformationen seien. Verhielte es sich in der That so, dann wäre allerdings für unser Volk Anlaß zu schwerer Beunruhigung gegeben. Denn wir müßten jeden Augenblick fürchten, daß unsere Feinde unsere Schwäche, die ja nach Caprivi's Zugeständniß erst nach 24 Jahren voll wieder ausgeglichen werden kann, möglichst bald benutzen möchten, um über uns herzufallen und uns zu vernichten. Es ist jedoch eine starke Zumuthung, daß das deutsche Volk jetzt glauben soll, Kaiser Wilhelm I. und seine großen Paladine hätten es ruhig zugelassen, daß unser Heer schwach, alt und lose wurde in Bezug auf die Kriegsformationen. Hätten diese Mängel bestanden, der allezeit siegreiche Heldenkaiser, der große Schlachtenlenker Moltke und der Altreichskanzler hätten sie sicher empfunden und schon früher auf die Verstärkung, Verjüngung und Verbesserung unseres Heeres gedrungen, die der neue Curs verlangt. Eben so wenig Eindruck wie der in Worten sehr kräftige, in der Wirkung aber recht schwache Hinweis auf die angeblichen bedrohlichen Mängel unserer Heeresorganisation machte die Drohung des Reichskanzlers, daß die Militärverwaltung bei Ablehnung der Militärvorlage dahin kommen könne, das System der Dispositionsurlauber abzuschaffen und zur vollen dreijährigen Dienstzeit, dem Wortlaut der Verfassung entsprechend, zurückzukehren, gleichviel was dabei aus Deutschland werde. Eine solche trotzige Bemerkung ist nicht am Platze, wo es sich um die Wahrung der höchsten Interessen des Vaterlandes handelt.

Der letzte Redner, der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff, der natürlich wiederum sein altes Steckenpferd, die Doppelwährung, ritt, zeigte sich zwar etwas oppositionell angehaucht, nahm aber keine bestimmte Stellung zur Militärvorlage ein. Er betonte, daß die konservative Partei stets auf dem Standpunkte der dreijährigen Dienstzeit gestanden habe und daß sich alle militärischen Autoritäten, sämmtliche Divisionskommandeure, gegen die zweijährige Dienstzeit erklärt hätten. In Uebereinstimmung mit dem Abgeordneten Richter nannte es auch der Abg. v. Kardorff ein bedenkliches Zeichen, wenn Deutschland einseitig seine Armee verstärke, seine Verbündeten aber nicht; wir würden diesen dadurch die Kastanien aus dem Feuer holen. Zu der Höhe eines mannesmuthigen Bekenntnisses erhob sich der Führer der Reichspartei nicht. Es war dies bei der Haltung dieser Partei allerdings nicht anders zu erwarten. Seine Stellung zu der Vorlage glaubte der Abgeordnete v. Kardorff genügend durch die selbstverständliche Phrase gekennzeichnet, daß es für die Entscheidung im nächsten Kriege darauf ankommen werde, welches Land die schnellste Mobilmachung, die stärkste Armee und die wohldisciplinirteste Armee haben werde. Diese nichtssagende Erklärung ermöglicht ebenso gut die Ablehnung wie die Zustimmung zu der Militärvorlage.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. December.

Berlin. Reichstag. Die erste Berathung des Reichshaushaltes wird fortgesetzt. Abg. Dr. Buhl (nl.): Die Zustimmung zu der letzten Militärvorlage wurde uns leicht gemacht durch das unbedingte Vertrauen, das wir zur Leitung unserer Politik hatten. Wir erblicken aber in der Zustimmung zu diesen Vorlagen kein Vertrauensvotum; entscheidend für uns ist lediglich der sachliche Inhalt der Vorlage. Wir werden von diesem Standpunkte aus auch die neue Militärvorlage prüfen. Da die militärischen Autoritäten keinen Widerspruch gegen die zweijährige Dienstzeit mehr erheben, liegt für uns kein Grund vor, an der dreijährigen festzuhalten. Bedauerlich bleibt der Artikel des „Militärwochenblattes" in seiner Kritik der Landwehr, aber ich erkenne doch an, daß eine Verjüngung der Armee wünschenswerth ist. Zu bedauern ist, daß der Bundesrath kein Entgegenkommen betreffs der Reform der Militärstrafprozeßordnung zeigt. Ich glaube nicht, daß die Forderungen, welche die Vorlage stellt, im vollen Umfange aufrecht erhalten werden können. Es wird nicht möglich sein, für die Erweiterungen die nöthigen Offiziere und Unteroffiziere zu beschaffen. Die Durchführung der Vorlage wird also schon aus technischen Gründen nicht möglich sein. Redner wendet sich dann zu der allgemeinen wirthschaftlichen Lage und sucht aus der sächsischen Einkommensteuerstatistik darzuthun, daß der Mittelstand nicht zurückgegangen sei; dagegen habe die kleine Landwirthschaft mehr zu leiden. Durch Ausführung der Sonntagsruhe-Bestimmungen dürfe die Produktion selbst nicht leiden, sonst schädige man gerade Diejenigen, die man schützen wolle. — Reichskanzler Graf Caprivi: Die Behauptung eines Mangels an Offizieren und Unteroffizieren zur Durchführung Dessen, was wir erstreben, wird in der Kommission zahlenmäßig widerlegt werden. Was die vom Vorredner berührte Vertretung des Deutschen Reiches bei dem maritimen Feste in Italien anlangt, so wäre eine umfänglichere Betheiligung politisch erwünscht gewesen. Aber wir mußten uns auf das beschränken, was uns zur Verfügung stand, und die militärischen Uebungen durften nicht leiden. Die Resolutionen des Reichstags betreffs der Militärstrafprozeßordnung sind vom Bundesrath nicht zurückgewiesen, sie sind in vollständiger formeller Weise erledigt worden. Das Haus wird im nächsten Jahre Gelegenheit haben, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen. — Abg. Liebknecht (soz.) entwickelt zunächst ein großes Zahlenmaterial und führt dann fort: Das ganze bestehende Wirthschaftssystem geht auf Vernichtung des Marktes hinaus. Das kleine Handwerk wird aufgekauft, und gerade aus der sächsischen Einkommensteuerstatistik, auf die sich Dr. Buhl beruft, läßt sich nachweisen, daß es dem sicheren Untergange geweiht ist. Mit der kleinen Landwirthschaft geht es ebenso. Durch die Schutzzollpolitik wird dieser Vernichtungsprozeß beschleunigt. Mit solchen kleinen Gesetzen, die man da vorschlägt, rettet man auch nicht einen einzigen Handwerksmeister. Das Eindringen des Antisemitismus in die konservativen Wahlkreise bedeutet das Eindringen der sozialen Frage in dieselbe. Jetzt ist die Bewegung gegen das jüdische Kapital gerichtet, man wird aber bald dahinter kommen, daß das Kapital anderwärts, bei den Rittergutsbesitzern, befindlich ist. Redner wendet sich dann zu der Emser Depesche und Bismarck, der rechtzeitig davon unterrichtet gewesen sei, daß sich der französische Botschafter Benedetti mit der Erklärung des Königs von Preußen beruhigte und hätte er die Möglichkeit gehabt, die Wirkung seiner Emser Depesche aufzuheben. Frankreich sei nicht zum Kriege gerüstet gewesen und würde es sicherlich nicht zum Aeußersten haben kommen lassen. In die Politik müsse wieder die Moral eingeführt werden. Halte man Fälschungen aus Nützlichkeitsgründen für zulässig, so gehe man auf Vernichtung aller Kultur hinaus. Das Volk wolle die Ablehnung dieser Vorlage. Ueberall erschallt der Ruf: „Waffen nieder!" Sollte die Regierung den Reichstag auflösen, so werde sie dann den Willen des Volkes kennen lernen. — Abg. Dr. Frege (kons.): Der große Zug, der 1870 durch unser Volk ging, hat bei Liebknecht und seinen Freunden allerdings kein Verständniß gefunden (Beifall rechts). Einen Moment hat Liebknecht vollständig außer Acht gelassen, die Gottesfurcht. Auf sozialpolitischem Gebiete ist die Grenze nahezu erreicht. Nun handelt es sich um den Schutz des Handwerkers und des kleinen Landmannes. Wenn durch die Heranziehung der jungen unerfahrenen Leute zum Militärdienst der sozialdemokratischen Agitation der Boden entzogen wird, während die älteren Leute zu Hause bleiben können, so wird das eine sehr segensreiche Folge der Militärvorlage sein. Zu derselben Stellung zu nehmen, wird für seine Freunde Zeit sein, wenn die Vorlage zur Berathung vorliegt. Aber die Bitte müsse er doch aussprechen, daß die Vertretung solcher Vorlagen mehr durch berufene Organe und nicht durch eine so ungeschickte offiziöse Vermittelung wie das „Militärwochenblatt" erfolgt. Durch jenen Artikel wurde die Verstimmung in die treuesten und loyalsten Kreise getragen. Dankenswerth sei, daß man bei den Deckungsvorschlägen den Tabak fallen gelassen habe; dafür habe man an eine Erhöhung der Börsensteuer herantreten müssen. Was die Brausteuererhöhung anlange, so falle dieselbe gegenüber dem Aufwande, der mit ihr heute getrieben wird, gar nicht in's Gewicht. Der Vergnügungssucht müsse entgegengetreten werden, denn eine große Quantität Lagerbier würde auf Bauten geschleppt. Auch der Branntwein sollte mehr bluten. Man könne sich das nun so denken, daß die Differenz von 20 M. aufrecht erhalten werde. Zum Etat lasse sich wenig sagen, da die Mehrforderungen gleich konsegment sind früherer Beschlüsse. Die Marineforderung müsse beschränkt werden. Eine der wichtigsten Fragen nicht nur für die Agrarier, sondern auch für alle Angehörigen des deutschen Volkes ist die Remonetisirung des Silbers. Durch die Goldwäderung seien uns Milliarden verloren gegangen. Die Haltung unserer Vertreter in Brüssel sei daher auch bedauerlich. Wir wollen doch in dieser Frage selbstständig vorgehen und uns nicht von England in's Schlepptau nehmen lassen. (Beifall.) — Weiterberathung morgen.

Berlin. Prozeß Ahlwardt. Der Vertheidiger überreicht dem Präsidenten einen Vertheidigungsantrag von ziemlichem Umfange. Im Eingange wird ersucht, die Verhandlung für drei Tage auszusetzen, da der Angeklagte sich geistig und körperlich nicht in der Verfassung befinde, einer so hochwichtigen Verhandlung gewachsen zu sein, oder die Verhandlung zu vertagen, bis auf die Beschwerde gegen den mit so ungewöhnlicher Schnelligkeit gefaßten Beschluß der Staatsanwaltschaft seitens der höheren Instanz Entscheidung getroffen sei. Sodann wurde in der Verlesung der Anklageschrift fortgefahren und die Vorladung einer Anzahl Personen beschlossen, welche bekunden sollen, daß nach einer Uebung eines sächsischen Landwehrbataillons 132 Gewehre theils gesprungen, theils von den Geschoßtheilen beschädigt worden seien. Im Ganzen sind die Aussagen von Sachverständigen und Zeugen für den Angeklagten ungünstig.

Berlin. Dem Vernehmen nach hat König Humbert an alle befreundeten Höfe, auch an den hiesigen, die Nachricht erlassen, daß er seine im April stattfindende Silberhochzeit in privatester Weise zu feiern gedenke. Demgemäß hat der Kaiser von der anfänglichen Absicht, der Feier mit seiner Gemahlin beizuwohnen, Abstand genommen. — Die Abgeordneten Dr. Baumbach und Genossen haben beim Reichstage beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, den Grundsätzen der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten auf einer internationalen Konferenz die völkerrechtliche Anerkennung zu verschaffen.

Marienwerder. Nach dem bisherigen Resultat bei der Reichstagsersatzwahl am 28. November fehlen bei Dominiński 6 Stimmen an der absoluten Majorität, mithin ist Stichwahl zwischen Dominiński und Wessel erforderlich.

Paris. Freycinet und Ribot treten nicht in's neue Kabinet ein. Brisson will Freycinet beseitigen, und Ribot erklärt sich mit Freycinet solidarisch. Brisson bot das Portefeuille des Auswärtigen Casimir Perrier, des Krieges dem General Ferron und des Unterrichts Bourgeois an.

Paris. Die gestrige Aussage Thierree's, dessen Kommanditeur Reinach war, hat die ersten Beweise geliefert, woraus erhellt, daß er im Juli 1888 von der Panama-Gesellschaft für Rechnung Reinach's 3,200,475 Fr. erhalten habe, welche Thierree Herrn Reinach in 26 auf den Inhaber lautenden Checks' auf die Bank von Frankreich überwiesen habe. Die „Libre Parole" veröffentlicht die erste unvollständige Liste der Journale nach den Angaben Rossignol's, worauf das „Petit Journal" mit 300,000, der „Radikal" mit 100,000, der „Figaro" mit 500,000, das „Journal des Debats" mit 40,000, „Paris" mit 80,000 Fr. figuriren. Die Bestätigung dieser Beschuldigungen bleibt abzuwarten.

Paris. Ricard theilte der Panamakommission mit, daß er schriftlich den Generalprokureur anwies, die 26 von Thierree gelieferten Cheques mit Beschlag zu belegen. Der Generalprokureur bescheinigte den Empfang der Ordre. Es sei bisher unbekannt, ob die beschlagnahmten Cheques der Kommission mitgetheilt oder zu den Akten der gerichtlichen Untersuchung der Panamaangelegenheit gelangen würden. Die Kommission erhielt ein Schreiben Rothschild's, wonach er wirklich bei der Bank von Frankreich zwei Cheques von je 1 Million einkassiren ließ. Die Cheques seien Rothschild in Frankfurt in Zahlung gegeben worden, welcher dieselben an den Pariser Rothschild übersandte und letzterer ließ den Betrag bei der Bank von Frankreich abheben.

London. Der oberste Gerichtshof hat die Berufung des Anarchisten François gegen seine Auslieferung an Frankreich abgelehnt; derselbe wird nunmehr ausgeliefert.

Petersburg. Gutem Vernehmen nach ist dem Reichsrath ein Maximalzolltarif unterbreitet, welcher gegen diejenigen Staaten, die Rußland keine Vergünstigungen gewähren, angewendet werden soll. Derselbe würde besonders Fabrikate hoch besteuern, dagegen weniger hoch Halbfabrikate, Rohmaterialien und Lebensmittel. Für Staaten, welche Rußland Vergünstigungen gewähren, wird der jetzige Tarif als Minimaltarif beibehalten.

Pfund's sterilisirte (Kalmücke) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41/42. Trockene Fütterung